

A M T S B L A T T

für die Evangelische Kirche in Österreich

Jahrgang 2006

Ausgegeben am 29. September 2006

9. Stück

251. Aufruf für die Erntedankfestkollekte 2006
252. Kollektenaufruf zum Bibelsonntag 2006 am Sonntag, dem 15. Oktober 2006
253. Mitglieder des Personalsenates der Evangelischen Kirche A. u. H. B.
254. Totalredaktion der Kirchenverfassung — Amtswegige Berichtigung zu ABl. Nr. 136/2005
255. Bestellung von Dipl. Päd. Ines Hauser zur Jugendreferentin für Österreich in der Evangelischen Jugend Österreich
256. Ines Hauser — Amtseinführung als Jugendreferentin für Österreich
257. Kollektivvertrag 2006
258. Kirchenbeitragseingänge Jänner bis August 2006 mit Vergleichszahlen aus 2005 samt Sup.-Anteilen und Einhebegebühren
259. Änderung der Bezeichnung der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Wien-Leopoldstadt
260. Ausschreibung (erste) der Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Neukematen
261. Ausschreibung (zweite) der Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Mattighofen
262. Bestellung von Mag. Elke Uschmann zur Pfarrerin auf die nicht mit der Amtsführung verbundene Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Wien-Hietzing
263. Bestellung von Mag. Barbara Schildböck zur Pfarrerin auf die 50-%-Teilpfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Hartberg in Kombination mit einer halben Stelle mit voller Lehrverpflichtung
264. Bestellung von Dipl. Päd. Karlheinz Böhmer zum Pfarrer auf die 50-%-Teilpfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. u. H. B. Gleisdorf in Kombination mit einer halben Stelle mit voller Lehrverpflichtung
265. Bestellung von Mag. Rainer Gottas zum Pfarrer auf die nicht mit der Amtsführung verbundene Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. u. H. B. Klagenfurt-Johanneskirche
266. Bestellung von Mag. Renate Moshammer zur Pfarrerin der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Pörtlach
267. Bestellung von Mag. Manfred Witt zum Hochschulpfarrer auf die 25-%-Teilpfarrstelle für Leoben
268. Bestellung von Mag. Anna Elisabeth Peterson zur Pfarrerin der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Korneuburg
269. Bestellung von Mag. Daniel Vögele zum Pfarrer auf die nicht mit der Amtsführung verbundene Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. u. H. B. St. Pölten
270. Faxnummer der Evangelischen Pfarrgemeinde A. u. H. B. Neunkirchen
271. Grenzen des Gemeindegebietes der Evangelischen Pfarrgemeinde H. B. Oberwart
272. Grenzen des Gemeindegebietes der Evangelischen Pfarrgemeinde H. B. Linz
- Kirchliche Mitteilungen

Kundmachungen des Evangelischen Oberkirchenrates A. u. H. B.

251. Zl. KOL 09; 3090/2006 vom 14. September 2006

Aufruf für die Erntedankfestkollekte 2006

Die DIAKONIE ÖSTERREICH möchte Ihnen zu nächst für die Kollekte des Vorjahrs in der Höhe von 42.587,24 € sehr herzlich danken. Damit konnte der Umbau des Albert-Schweitzer-Hauses unterstützt werden.

Im Jahr 2006 bittet die Diakonie um die Kollekte der Erntedankgottesdienste für die Unterstützung der LifeTool Beratungsstelle in Klagenfurt.

LifeTool hat sich das Ziel gesetzt, die Lebensqualität von Menschen mit körperlicher und/oder geistiger Behinderung, durch den Einsatz von elektronischen, digitalen und technischen Kommunikationshilfen, zu erhöhen. Größere Schalter, Softwareprogramme, Spezialtastaturen und

-mäuse oder vielleicht eine Sprachsteuerung, die in der Beratungsstelle zur Verfügung stehen, können viele Hindernisse, die Menschen mit Behinderungen haben, aus dem Weg schaffen. Betroffene Personengruppen haben die Möglichkeit, moderne technische Hilfsmittel, die ihren Alltag erleichtern können, direkt in der Beratungsstelle auszuprobieren.

Seit der Gründung der Beratungsstelle LifeTool in Kärnten 2002 konnten schon 800 Menschen, die eine körperliche und/oder geistige bzw. mehrfach Behinderung haben, mit technischen Hilfsmitteln, wie zum Beispiel adaptierten Spielsachen, Computerprogrammen zur Förderung der kognitiven Fähigkeiten, speziellen Tastaturen und PC-Mäusen und Geräten zur Kommunikationsförderung, versorgt werden.

Der Bedarf steigt stetig. Um mehr Menschen helfen zu können braucht die Diakonie Kärnten zusätzliche Mittel für dieses einzige Pilotprojekt im Süden Österreichs.

Ein Beispiel das die Arbeit der Beratungsstelle LifeTool veranschaulicht:

Sandra war ein Mädchen wie alle anderen — bis zu dem Zeitpunkt, als sie in einen schweren Verkehrsunfall verwickelt wurde. Seither ist sie, vom Kopf abwärts gelähmt, auf den Rollstuhl angewiesen und kann nicht sprechen. Lange ist sie tatenlos im Rollstuhl gesessen und konnte nur mit ihren hellwachen Augen zusehen, wie ihre Geschwister herumtollten und spielten. Sandra hatte nicht die Möglichkeit, am Spiel aktiv teilzunehmen. Ihre Eltern konnten immer nur erahnen, was Sandra vielleicht brauchen könnte. Mit Hilfe von elektronischen Geräten aus der Life-Tool-Beratungsstelle Klagenfurt, die speziell für Sandra angepasst wurden, konnte sie mit einer Bewegung ihrer Zunge den Radio mit ihren Lieblingsliedern einschalten. Sie konnte Fotos am Computer ansehen und sie ihren Freundinnen zeigen. Es machte ihr Spaß und sie übte fleißig. Heute kann sie am Computer schreiben und durch den Computer sprechen.

Oft sind es nur die „berühmten“ Kleinigkeiten, die für Menschen mit körperlichen bzw. geistigen Einschränkungen zu einer unüberwindbaren Hürde werden. Eine kleine Taste, die mit einem Körperteil gezielt gesteuert wird, kann diesen Personen eine selbstgewählte Form der Selbstständigkeit ermöglichen.

Die Diakonie Kärnten bedankt sich jetzt schon für die Spenden ganz herzlich!

252. Zl. Kol 25; 2735/2006 vom 3. August 2006

Kollektenaufruf zum Bibelsonntag 2006 am Sonntag, dem 15. Oktober 2006

Für die Kollekten, die am Bibelsonntag des Vorjahres in den Gemeinden zusammengelegt wurden, sei an dieser Stelle ein ganz herzlicher Dank gesagt.

Auch heuer bitten wir um Ihre großzügige Unterstützung der Arbeit der Österreichischen Bibelgesellschaft, die sich nahezu ausschließlich durch Spenden und Kollekten finanziert.

Das Bibelzentrum beim Museumsquartier in Wien ist zum erfolgreichen Besuchermagneten geworden: Allein im ersten Halbjahr 2006 konnten 93 Gruppen, darunter vor allem Schulklassen, auch Konfirmandengruppen und andere Gemeindegruppen mit individuellen und kreativen Angeboten willkommen heißen werden. Die Qualität der Arbeit im Bibelzentrum wird von Schulen und Gemeinden geschätzt. Die Sonderausstellung „Pflanzen, Bäume und Früchte in der Bibel“, die jetzt als Wanderausstellung den Gemeinden zur Verfügung steht, lockte viele Besucher. Das Bibelzentrum ist Ort der Begegnung mit der Bibel, Ort auch für Fragen und kompetente Information rund um die Bibel. Passanten und Touristen aus dem benachbarten Museumsquartier lassen sich gerade auch bei Sonderveranstaltungen gerne einladen. Weitere Ausstellungen und Veranstaltungen sind in Planung, um auch Gruppen den wiederholten Besuch attraktiv zu machen.

Darüber hinaus ist die Bibelgesellschaft weiterhin der Ansprechpartner in Sachen Bibel für die Gemeinden im

Rahmen von Vorträgen, Gemeindegemeinschaften, Bibeltagen und Bibelwochen.

Das Dauerprojekt „Bibeln für Flüchtlinge, Schubhäftlinge und Gefangene“ hat heuer noch größere Nachfrage gefunden als in den Jahren zuvor. Es hat sich herumgesprochen, dass Bibeln in der je eigenen Sprache zur Verfügung gestellt werden und so Menschen in schwieriger Situation Orientierung finden können.

Diese vielseitige, typisch evangelische Arbeit der Bibelgesellschaft, dass Menschen einen Zugang zur Bibel finden oder neue Einsichten für die Beschäftigung mit der Bibel gewinnen, ist ein zentraler Auftrag.

Auch dank Ihrer Unterstützung durch die heutige Kollekte ist diese Arbeit überhaupt möglich.

253. Zl. G 02 b; 3096/2006 vom 14. September 2006

Mitglieder des Personalsenates der Evangelischen Kirche A. u. H. B.

Auf der 1. Session der XIII. Generalsynode wurden folgende Personen zum Obmann und Obmann-Stellvertreter des Personalsenates der Evangelischen Kirche A. u. H. B. gewählt:

Obmann: Hon.-Prof. Dr. Udo Jesionek, Reimersgasse 16/C/6, 1190 Wien.

Stellvertreter: Richter Dr. Roland Brenner, Kronawetterstraße 10, 3100 St. Pölten.

254. Zl. G 09; 3141/2006 vom 19. September 2006

Totalredaktion der Kirchenverfassung — Amtswegige Berichtigung zu ABL. Nr. 136/2005

Auf Grund eines Computerfehlers wurde die Bestimmung des früheren § 219 Abs. 4 KV bedauerlicherweise unvollständig als Art. 70 Abs. 5 in die Totalredaktion der Kirchenverfassung übernommen.

Art. 70 Abs. 5 KV hat korrekterweise zu lauten:

„Um die Anerkennung als Werk der Kirche **haben die** evangelisch-kirchlichen Vereine, Kapitalgesellschaften und Genossenschaften im Wege der nach dem Sitz des Vereines, der Kapitalgesellschaft oder Genossenschaft zuständigen Superintendentur und des Oberkirchenrates A. B. bzw. des Oberkirchenrates H. B. bzw. des Oberkirchenrates A. u. H. B. unter Anschluss der Vereinssatzungen bei der Generalsynode anzusehen.“

255. Zl. JG 04; 3139/2006 vom 19. September 2006

Bestellung von Dipl. Päd. Ines Hauser zur Jugendreferentin für Österreich in der Evangelischen Jugend Österreich

Dipl. Päd. Ines Hauser wurde gemäß § 14 Abs. 3 Z. 4 OEJÖ zur Jugendreferentin für Österreich in der Evangelischen Jugend Österreich gewählt und mit Wirkung vom 1. März 2006 in diesem Amt bestätigt.

256. Zl. JG 04; 3062/2006 vom 11. September 2006

§ 3

Ines Hauser — Amtseinführung als Jugendreferentin für Österreich

Am 9. September 2006 wurde Ines Hauser im Rahmen des Burgfestes auf Burg Finstergrün von Bischof Mag. Herwig Sturm in ihr Amt als Jugendreferentin für Österreich eingeführt.

AssistentInnen waren: Jörg Bader, Werner Graf, Eveline Nöbauer und Sigi Royer.

Mag. Herwig Sturm
Bischof

(1) Das Grundgehalt wird durch die Verwendungsgruppe und Gehaltsstufe bestimmt.

(2) In die Verwendungsgruppe A sind die akademisch vorgebildeten ordinierten geistlichen Amtsträger eingereiht.

(3) Lehrvikare und Pfarramtskandidaten erhalten den für das Ausbildungsdienstverhältnis festgesetzten Bezug.

(4) Den als Pfarrer bestellten Pfarrhelfern gebührt ein Gehalt in Höhe von 90 Prozent des jeweiligen Grundgehaltes der Verwendungsgruppe A. Nach zehn Dienstjahren in der Kirche A. B. oder H. B. erhalten ordinierte Pfarrhelfer, die auf eine Pfarrstelle bestellt werden, das Gehalt der Verwendungsgruppe A.

(5) Für geistliche Amtsträger im Wartestand gelten die in § 14 getroffenen Regelungen.

(6) Die Bestimmungen der §§ 1, 3, 17 und 18 finden für Lehrvikare und Pfarramtskandidaten sinnngemäße Anwendung.

(7) Die gemäß § 46 Abs. 3 der „Ordnung des geistlichen Amtes“ kirchengesetzlich festgelegte Abtretungsverpflichtung ist von diesem Verträge nicht berührt und ist von jedem Amtsträger zu erfüllen.

(8) Die Gehaltsstufe geistlicher Amtsträger richtet sich nach den zurückgelegten bzw. angerechneten Dienstjahren. Im Gehaltsschema „alt“ wird nach zwei Dienstjahren und im Gehaltsschema „neu“ nach fünf Dienstjahren die nächste Gehaltsstufe erreicht. Bei der Berechnung dieser Zeiträume sind die in Teilbeschäftigung verbrachten Dienstzeiten bei einer Beschäftigung von mindestens der Hälfte der Vollbeschäftigung zur Gänze, sonst zur Hälfte anzurechnen.

257. Zl. LK 19; 2635/2006 vom 24. Juli 2006

Kollektivvertrag 2006

abgeschlossen zwischen dem Evangelischen Oberkirchenrat A. u. H. B., dem Evangelischen Oberkirchenrat A. B. und dem Evangelischen Oberkirchenrat H. B. als Kirchenleitungen gemäß der Verfassung der Evangelischen Kirche A. u. H. B. in Österreich und dem Bundesgesetz vom 6. Juli 1961, BGBl. Nr. 182, über äußere Rechtsverhältnisse der Evangelischen Kirche mit Ermächtigung der Synodalausschüsse A. B. und H. B. einerseits

und dem Verein Evangelischer Pfarrerinnen und Pfarrer als der vom Bundeseinigungsamt am 17. Jänner 1996 unter Zl. 11/BEA/1996-1 gemäß § 4 des Arbeitsverfassungsgesetzes, BGBl. Nr. 22/1974 i. G. F. anerkannten Freiwilligen Berufsvereinigung andererseits.

Die Vertragspartner schließen folgenden Kollektivvertrag, in dem Personenbezeichnungen unabhängig vom grammatikalischen Geschlecht nicht geschlechtsspezifisch zu verstehen sind.

Teil I

Gehaltsordnung

Allgemeine Bestimmungen

§ 1

(1) Die Gehaltsordnung regelt die Ansprüche der geistlichen Amtsträger der Evangelischen Kirche in Österreich, die in einem Dienstverhältnis zur Evangelischen Kirche A. B., zur Evangelischen Kirche H. B., zu einem Werk der Kirche, oder zu evangelisch-kirchlichen Vereinen, kirchlichen Stiftungen und Anstalten in Österreich stehen, letztere, soweit deren Rechtsträger sich diesem Kollektivvertrag anschließen.

(2) Nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen ist diese Gehaltsordnung auch auf Lehrvikare und Pfarramtskandidaten anzuwenden.

1. Das Gehalt

§ 2

Das Gehalt besteht aus

1. dem Grundgehalt und
2. den Zulagen.

§ 4

(1) Das Grundgehalt beträgt für vollbeschäftigte geistliche Amtsträger im Dienst der **Evangelischen Kirche A. B.** in Österreich, deren Werken und Einrichtungen und jenen der Evangelischen Kirche A. u. H. B.

Gehaltsschema

Alt		Neu	
Stufe	€	Stufe	€
1	1.997,—	1	2.091,—
2	1.997,—	2	2.267,—
3	1.997,—	3	2.443,—
4	2.010,—	4	2.619,—
5	2.082,—	5	2.795,—
6	2.205,—	6	2.971,—
7	2.327,—	7	3.147,—
8	2.450,—	8	3.323,—
9	2.572,—		
10	2.695,—		
11	2.817,—		
12	2.939,—		
13	3.062,—		
14	3.177,—		
15	3.285,—		
16	3.386,—		
17	3.494,—		
18	3.645,—		

<u>Ausbildungsdienstverhältnis:</u>	€
Lehrvikar/in 1. Jahr	1.543,—
Lehrvikar/in 2. Jahr	1.594,—
Pfarramtskandidat/in	1.862,—

Das Gehaltsschema „neu“ gilt für alle geistlichen Amtsträger, die ab 1. Jänner 2005 neu eintreten sowie jene geistlichen Amtsträger, die sich zum Stichtag 31. Dezember 2004 in den Gehaltsstufen 1 bis 6 befinden und für jene, die mit Einzelerklärung in das Gehaltsschema „neu“ übertreten. Das Gehaltsschema „alt“ gilt für alle übrigen geistlichen Amtsträger.

(2) Die Vergütung der über das Pflichtstundenausmaß nach der Regelstundenverordnung hinausgehenden Religionsunterrichtsstunden wird für geistliche Amtsträger in der Kirche A. B. mit € 43,60 pro Monatswochenstunde festgelegt (Belastungszulage).

§ 5

(1) Das Grundgehalt beträgt für vollbeschäftigte geistliche Amtsträger im Dienst der **Evangelischen Kirche H. B.** in Österreich

Gehaltsschema

Alt		Neu	
Stufe	€	Stufe	€
1	1.970,—	1	2.123,—
2	1.970,—	2	2.302,—
3	1.970,—	3	2.481,—
4	2.021,—	4	2.659,—
5	2.093,—	5	2.838,—
6	2.217,—	6	3.017,—
7	2.340,—	7	3.195,—
8	2.464,—	8	3.374,—
9	2.588,—		
10	2.711,—		
11	2.835,—		
12	2.958,—		
13	3.082,—		
14	3.198,—		
15	3.307,—		
16	3.409,—		
17	3.518,—		
18	3.670,—		

<u>Ausbildungsdienstverhältnis:</u>	€
Lehrvikar/in 1. Jahr	1.556,—
Lehrvikar/in 2. Jahr	1.607,—
Pfarramtskandidat/in	1.875,—

(2) Die Vergütung der über das Pflichtstundenausmaß nach der Regelstundenverordnung hinausgehenden Religionsunterrichtsstunden wird mit € 54,50 pro Monatswochenstunde festgelegt (Belastungszulage).

(3) Die Umstellungszulage wird im Falle einer prozentuellen Erhöhung des Grundgehaltes diesem nicht zugerechnet, sondern unabhängig vom Grundgehalt zum 1. Jänner eines jeden Jahres mit der Veränderung des Indexes des Verbraucherpreises 2000 angepasst. Die Veränderung ergibt sich aus dem Vergleich der jeweiligen Oktoberwerte des zweitvorangegangenen und vorangegangenen Kalenderjahres.

§ 5 a

Bei einem Wechsel des kirchlichen Dienstgebers gilt ab dem Tage des Dienstantritts die entsprechende Gehaltstabelle.

§ 6

(1) Außer den monatlichen Bezügen gebührt dem geistlichen Amtsträger für jedes Kalenderhalbjahr eine Sonderzahlung. Die Höhe richtet sich nach dem Grundgehalt, gegebenenfalls plus „RU-Nebenbeschäftigung“ (welche im Monat der Auszahlung zustehen), sowie dem Durchschnitt (6 Monate) sämtlicher Zulagen. Steht der geistliche Amtsträger während des Kalenderhalbjahres, für das ihm die Sonderzahlung gebührt, nicht ununterbrochen im Genuss des vollen Monatsbezuges, so gebührt ihm aus der Sonderzahlung nur der entsprechende Teil. Die für das erste Kalenderhalbjahr gebührende Sonderzahlung ist am 31. Mai, die für das zweite Kalenderhalbjahr am 30. November auszubezahlen.

(2) Nicht Vollbeschäftigte erhalten den ihrem Beschäftigungsausmaß entsprechenden Teil der ihnen nach der Gehaltsordnung gebührenden Bezüge.

(3) Zur Erzielung einer einheitlichen Auszahlung hat jeder Pfarrer den bezugsauszahlenden Stellen für den Religionsunterricht als Zahlstelle das entsprechende Konto dem Kirchenamt A. B. bzw. der Kirchenkanzlei H. B. zu benennen.

(4) Für Mehrleistungen über die volle Lehrverpflichtung hinaus gilt der letzte Satz des § 4 Abs. 2 bzw. § 5 Abs. 2 entsprechend.

(5) Entgelte für Zusatzleistungen im Rahmen des Religionsunterrichts, wie z. B. für die Betreuung von Fachbereichsarbeiten, Prüfungstaxen und dgl. sind dem Berechtigten weiterzugeben.

2. Zulagen

§ 7

(1) Geistliche Amtsträger, Lehrvikare und Pfarramtskandidaten haben Anspruch auf Zulagen auf Grund der folgenden Bestimmungen.

(2) Die Kinderzulage und die Ausbildungsbeihilfe sind mit dem Grundgehalt als Monatsbezug auszubezahlen.

(3) Für die Bemessung von außerordentlichen Zuschussleistungen bleiben die Zulagen gemäß §§ 6 bis 10 sowie Aufwandsentschädigungen außer Betracht.

§ 8

Kinderzulage

(1) Geistliche Amtsträger, Lehrvikare, Pfarramtskandidaten, ihre Witwen und Witwer haben Anspruch auf Kinderzulage.

(2) Die Kinderzulage gebührt für

- minderjährige Kinder,
- für volljährige Kinder, sofern ein Anspruch auf Familienbeihilfe nach dem Familienbeihilfegesetz besteht.

(3) Im Sinne des Absatz 2 sind Kinder

- leibliche Nachkommen,
- Wahlkinder,

- c) Stiefkinder,
- d) Pflegekinder gemäß §§ 186 und 186 a ABGB.

(4) Anspruch auf Kinderzulage für ein Kind gemäß Abs. 2 hat jener geistliche Amtsträger, zu dessen Haushalt das Kind gehört.

(5) Ein geistlicher Amtsträger, zu dessen Haushalt das Kind nicht gehört, der jedoch die Unterhaltskosten für das Kind überwiegend trägt, hat dann Anspruch auf Kinderzulage, wenn kein anderer geistlicher Amtsträger gemäß Abs. 4 anspruchsberechtigt ist.

(6) Für ein Kind hat nur eine Person Anspruch auf die Kinderzulage. Gehört ein Kind zum gemeinsamen Haushalt der Eltern, so hat die Mutter Anspruch auf die Kinderzulage. Der Verzicht zugunsten des anderen Elternteils ist zulässig. Er ist schriftlich zu erklären und kann jederzeit widerrufen werden.

(7) Die Auszahlung der Kinderzulage für volljährige Kinder erfolgt nur nach Vorlage der vom zuständigen Finanzamt ausgestellten „Mitteilung über den Bezug der Familienbeihilfe“, oder eine an deren Stelle tretende Mitteilung. Die in dieser Mitteilung angeführte Frist für die Gewährung der Familienbeihilfe ist für den Anspruch auf Kinderzulage maßgeblich.

(8) Die Kinderzulage beträgt für geistliche Amtsträger ab dem 1. Jänner 2000 monatlich für jedes Kind € 24,—. Für Lehrvikare und Pfarramtskandidaten beträgt die Kinderzulage ab 1. Jänner 2005 monatlich für jedes Kind € 40,—.

(9) Die Kinderzulage wird nur auf Antrag zuerkannt, und zwar vom Beginn des Monats an, in dem die Voraussetzungen für den Anspruch erfüllt werden. Mit Ablauf des Bezuges der Familienbeihilfe erlischt der Anspruch auf Kinderzulage, sofern nicht vorher die weitere Anspruchsberechtigung nachgewiesen wird.

(10) Zu Unrecht bezogene Kinderzulagen sind rückzuerstatten. Die bezugsauszahlende Stelle ist berechtigt, sie auf dem Abzugswege hereinzubringen.

§ 9

Ausbildungsbeihilfe

(1) Zusätzlich zur Kinderzulage haben geistliche Amtsträger, Lehrvikare, Pfarramtskandidaten, ihre Witwen und Witwer für ein Kind gemäß § 8 Abs. 2 und 3 Anspruch auf eine Ausbildungsbeihilfe. Der Anspruch auf Ausbildungsbeihilfe setzt voraus:

- a) den bestehenden Anspruch auf Kinderzulage;
- b) die Schul- und Berufsausbildung des Kindes außerhalb des Wohnsitzes des gemeinsamen Haushalts der Eltern bzw. des Hauptwohnsitzes jenes Elternteils, zu dem das Kind gehört, weil keine entsprechende Ausbildungsmöglichkeit am Hauptwohnsitz besteht und
- c) das Kind in einem Schülerheim, Studentenheim, Mietwohnung usw. wohnen muss.

(2) Die Ausbildungsbeihilfe wird nur auf Antrag zuerkannt. Dem Antrag sind die Originalrechnungen des Schülerheimes, Studentenheimes, der Mietwohnung usw. beizulegen. Die Ausbildungsbeihilfe wird befristet vom Beginn des Monats, in dem die Voraussetzungen für den Anspruch erfüllt werden, bis zum Ende des Kalenderjahres, das der Antragstellung folgt, zuerkannt.

(3) Eine Verlängerung der Zuerkennung ist zulässig und jeweils gemäß Abs. 2 zu beantragen.

(4) Die Ausbildungsbeihilfe beträgt ab dem 1. Jänner 2000 monatlich für jedes Kind € 73,—.

(5) Zu Unrecht bezogene Ausbildungsbeihilfen sind rückzuerstatten. Die bezugsauszahlende Stelle ist berechtigt, sie auf dem Abzugswege hereinzubringen.

§ 10

Trennungszulage

(1) Dem verheirateten Pfarrer gebührt für die Zeit der Trennung von seiner Familie eine tägliche Trennungszulage von € 3,63 pro Tag, die mit dem Monatsbezug zwölfmal p. a. bzw. aliquot ausbezahlt wird, wenn er zur Ausübung seines Amtes seinen ordentlichen Wohnsitz für mehr als einen Monat verlassen muss, ohne dass eine Übersiedlung des Ehepartners bzw. der Familie möglich ist, weil die Dienstwohnung nicht zur Verfügung steht oder weil eine Übersiedlung nicht zumutbar ist.

(2) Der Anspruch auf Trennungszulage erlischt, wenn eine Übersiedlung des Pfarrers und seines Ehepartners bzw. seiner Familie möglich, zumutbar und aus Amtsrück-sichten wünschenswert ist.

§ 11

Administrationszulage

Für die Administration einer Pfarrgemeinde gebührt dem geistlichen Amtsträger entsprechend der Administrationszulagenverordnung pro Monat eine Administrationszulage in Höhe der Vergütung von über das Pflichtstundenausmaß hinausgehenden Religionsunterrichtsstunden (§ 4 Abs. 2), wobei das Stundenausmaß jeweils bei Übertragung der Administration festgelegt wird.

§ 12

Funktionszulagen

(1 a) Im Gehaltsschema alt:

Senioren, Superintendenten, geistliche Oberkirchenräte, der Landessuperintendent und der Bischof erhalten für die Dauer der Ausübung ihrer Funktion nicht ruhegenussfähige Funktionszulagen, deren Höhe sich am Grundgehalt eines geistlichen Amtsträgers der Kirche A. B. bzw. der Kirche H. B.

in der Gehaltsstufe 10 gemäß Gehaltsschema „alt“ orientiert; und zwar erhalten:

Senioren	6,8646 Prozent
Superintendenten, hauptamtliche geistliche Oberkirchenräte	21,8924 Prozent
der Landessuperintendent und der Bischof	35,6675 Prozent
	43,7848 Prozent

dieses Betrages.

(1 b) Im Gehaltsschema neu:

Senioren, Superintendenten, geistliche Oberkirchenräte, der Landessuperintendent und der Bischof erhalten für die Dauer der Ausübung ihrer Funktion Funktionszulagen, deren Höhe sich am Grundgehalt eines geistlichen Amtsträgers der Kirche A. B. bzw. der Kirche H. B.

in der Gehaltsstufe 5 gemäß Gehaltsschema „neu“ orientiert; und zwar erhalten:

Senioren	6,619 Prozent
Superintendenten, hauptamtliche geistliche Oberkirchenräte	21,1091 Prozent
der Landessuperintendent und der Bischof	34,3914 Prozent
	42,2182 Prozent

dieses Betrages.

(2) Ist ein Superintendent, der Landessuperintendent oder der Bischof länger als vier Wochen verhindert, seine Funktion auszuüben, ruht sein Anspruch auf Funktionszulage nach weiteren vier Wochen für die Zeit der Verhinderung. Dem Vertretenden gebührt für die ersten vier Wochen der Vertretung das Zweifache der ihm gebührenden Funktionszulage und danach für die Zeit der Vertretung die Funktionszulage des Vertretenen.

(3) Die Pfarrer im Amt für Hörfunk und Fernsehen und im Presseamt der Evangelischen Kirche A. u. H. B. erhalten für die Dauer der Ausübung dieses Amtes eine Funktionszulage in der Höhe der gemäß Abs. 1 a bzw. Abs. 1 b für Senioren festgesetzten Zulage.

(4) Die Verpflichtung zur Leistung der mit Abs. 1, 2 und 3 festgelegten Zulagen erlischt mit Ablauf der Amtsdauer der Funktion des geistlichen Amtsträgers.

3. Auslagenersatz

§ 13

(1) Geistliche Amtsträger, Lehrvikare und Pfarramtskandidaten haben gegenüber dem Dienstgeber Anspruch auf Ersatz ihrer durch den Dienst hervorgerufenen Auslagen, soweit sie nicht von Dritten zu tragen bzw. zu übernehmen sind.

(2) Für Dienstverrichtungen nicht hauptamtlicher Militärseelsorger im Bereich des Bundesheeres sind Reisekostensätze und Taggelder wie für Sitzungen synodaler Ausschüsse auszubezahlen.

4. Wartestandsbezug

§ 14

(1) Dem geistlichen Amtsträger im Wartestand gebührt für die auf die rechtskräftige Versetzung in den Wartestand folgenden drei Monate das volle Gehalt. Er verliert jedoch einen etwa bestehenden Anspruch auf eine Dienstwohnung.

(2) Bei Vorliegen besonders zu berücksichtigender Umstände kann der Oberkirchenrat die Frist gemäß Abs. 1 bis zu einem Jahr verlängern.

(3) In den Fällen der Artikel 64 Abs. 2, 91 Abs. 3 und 93 Abs. 6 der Kirchenverfassung ist auf Antrag des betreffenden geistlichen Amtsträgers die Frist bis zu einem Jahr zu verlängern.

(4) Der Wartestandsbezug beträgt 80 Prozent des Grundgehaltes.

(5) Die Kinderzulage und die Ausbildungsbeihilfe werden, solange die Voraussetzungen dafür gegeben sind, im vollen Ausmaß ausbezahlt.

(6) Auslagenersätze gemäß § 13 werden mit dem Zeitpunkt der Versetzung in den Wartestand eingestellt.

(7) Ein geistlicher Amtsträger, der gemäß § 69 Abs. 3 OdtA in den Wartestand versetzt worden ist, erhält keinen Wartestandsbezug.

5. Auszahlung der Bezüge

§ 15

Das Gehalt gemäß §§ 4 bzw. 5 und 6 sowie die Zulagen gemäß §§ 7 bis 12 und der Auslagenersatz gemäß § 13 sind monatlich im Nachhinein auszuzahlen. Bei geistlichen Amtsträgern der Evangelischen Kirche A. B. und der Evangelischen Kirche H. B., die im August 1996 auf Grund der Umstellung der Auszahlung der Bezüge zum Monatsletzten eine Nettovorschusszahlung erhalten haben, wird diese bei Austritt bzw. bei Beendigung des aktiven Dienstes in Abzug gebracht.

6. Bezugsänderungen

§ 16

Bezugsänderungen werden mit dem Ersten desjenigen Monats wirksam, der der bezugsändernden Tatsache folgt. Allfällige Übergenüsse, welche durch eine verspätete Anzeige entstanden sind, hat die bezugsauszahlende Stelle im Abzugswege einzubringen.

7. Fortzahlung des Entgelts bei Dienstverhinderung

§ 17

Bei angezeigtem oder nachträglich nachgewiesenem Eintritt nachstehender Familienangelegenheiten besteht Anspruch auf Fortzahlung des Entgeltes, z. B. in folgenden Fällen:

bei eigener Eheschließung	3 Arbeitstage
bei Eheschließung von Geschwistern	1 Arbeitstag (und zwar jener, auf den die kirchliche oder standesamtliche Trauung fällt)
bei Eheschließung eigener Kinder	1 Arbeitstag
bei Geburt eines eigenen Kindes	2 Arbeitstage
beim Tod des Ehegatten	3 Arbeitstage
beim Tod der Eltern	2 Arbeitstage
beim Tod des eigenen Kindes	3 Arbeitstage
beim Tod des eigenen Kindes, das mit dem Dienstnehmer nicht im gemeinsamen Haushalt gelebt hat, ferner beim Tod von Geschwistern, Schwieger- und Großeltern	3 Arbeitstage
	1 Arbeitstag (und zwar jener, auf den das Begräbnis fällt)
bei Wechsel der Hauptwohnung (Mittelpunkt des Lebensinteresses), wenn ein eigener Haushalt geführt wird	2 Arbeitstage

Sind diese Familienereignisse außerhalb des Wohnortes des geistlichen Amtsträgers, so ist für die Hin- und Rückfahrt die erforderliche Freizeit — in der Regel bis zu einem Arbeitstag — zusätzlich zu gewähren.

8. Erlöschen und Ruhen des Gehaltsanspruches

§ 18

- (1) Der Anspruch auf des Gehalt erlischt:
1. mit dem Tode;
 2. mit dem Verlust des geistlichen Amtes;
 3. mit Beendigung des Dienstverhältnisses.
- (2) Der Anspruch auf das Gehalt ruht:
1. bei vereinbarter Karenz für die Dauer des Karenzurlaubes; Karenzzeiten bis zu zwei Jahren im Laufe der gesamten Dienstzeit sind für die Vorrückung anzurechnen.
 2. solange der geistliche Amtsträger eine nicht genehmigte Berufstätigkeit ausübt.

9. Abfertigungsanspruch

§ 19

(1) Für alle Ansprüche geistlicher Amtsträger gilt ausdrücklich der Vorbehalt, dass die Verpflichtung zur Leistung dann ganz oder teilweise entfällt, wenn sich die Wirtschaftslage des kirchlichen Dienstgebers derart verschlechtert hat, dass ihm die Erfüllung dieser Verpflichtung zum Teil oder zur Gänze billigerweise nicht zugemutet werden kann.

(2) Unter den Voraussetzungen des Angestelltengesetzes erhält der geistliche Amtsträger bei Beendigung des Dienstverhältnisses — ausgenommen bei dessen Auflösung durch ihn — Abfertigung im Umfang des § 23 AngG. Die Zahl der Monate, die der Abfertigungsberechnung zugrunde liegen, gilt als Abfertigungszeitraum.

(3) Abfertigungen von Schulbehörden oder sonstigen Schulerhaltern sind an den Dienstgeber abzuführen.

(4) Endet das Dienstverhältnis, weil der geistliche Amtsträger über seinen Wunsch in eine öffentlich-rechtliches Dienstverhältnis übernommen wird/wurde, gilt das Dienstverhältnis als über Wunsch des Dienstnehmers aufgelöst und es besteht kein Abfertigungsanspruch.

(4 a) Wird das Dienstverhältnis über den Zeitpunkt hinaus fortgesetzt, ab dem Anspruch auf die Alterspension nach dem ASVG gegeben wäre, mindestens jedoch nach Vollendung des 65. Lebensjahres, erhöht sich der gesetzliche Abfertigungsanspruch pro Jahr um ein halbes Monatsgehalt. Wird das Dienstverhältnis für einen kürzeren Zeitraum als ein Jahr fortgesetzt, erhöht sich der gesetzliche Abfertigungsanspruch aliquot.

(5) Die Hälfte der Abfertigung wird binnen acht Tagen nach Beendigung des Dienstverhältnisses ausgezahlt. Die zweite Hälfte wird in gleichen monatlichen Raten, einschließlich Sonderzahlungen innerhalb des Abfertigungszeitraumes ausgezahlt.

Während des Abertigungszeitraumes ruht die kirchliche Zuschusspension.

10. Zusatzkrankenfürsorge

§ 20

(1) Im Dienstverhältnis zur Evangelischen Kirche stehende geistliche Amtsträger, Lehrvikare und Pfarramtskandidaten sind mit ihren Ehepartnern und unterhaltsberechtigten Kindern für die Dauer des Dienstverhältnisses Mitglieder der kirchlichen Zusatzkrankenfürsorge.

(2) Die Zusatzkrankenfürsorge erbringt die im Leistungskatalog aufgeführten Leistungen. Der Leistungskatalog wird vom VEPPÖ-Vorstand nach Rücksprache mit dem Kirchenamt und dem OKR A. u. H. B. festgelegt und als Anhang zum Kollektivvertrag veröffentlicht. Ist für eine Leistung der Sozialversicherungsträger nach dem ASVG in Anspruch zu nehmen, hat dies vor Inanspruchnahme der Zusatzkrankenversicherung zu geschehen. Ohne dieses Vorgehen erbringt die Zusatzkrankenfürsorge keine Leistung.

(3) Die Entscheidung über Anspruchsberechtigung und Höhe der Leistung aus der Zusatzkrankenversicherung übertragen die Kollektivvertragspartner einer vierköpfigen Gemischten Kommission, die im Verhältnis 1 : 1 von jedem Kollektivvertragspartner besetzt wird.

(4) Geistliche Amtsträger im Ruhestand können ihre weitere Zugehörigkeit zur Zusatzkrankenfürsorge mittels Erklärung an die Kirche herstellen bzw. aufrechterhalten. Der Beitrag zur Zusatzkrankenfürsorge beträgt 2% des Ruhegehaltes, darf aber den Beitrag, der vom Aktivbezug geleistet wurde, nicht übersteigen. Bei einem Austritt ist ein erneuter Eintritt nicht mehr möglich.

Teil II

Pensionsregelungen

§ 21

Grundsatzbestimmung

(1) Die folgenden Bestimmungen des Abschnittes A des Teils II des Kollektivvertrages gelten für alle geistlichen Amtsträger, die vor dem 1. Jänner 1998 in ein definitives Dienstverhältnis aufgenommen oder übernommen worden sind. Für alle Ansprüche geistlicher Amtsträger gilt hinsichtlich der kirchlichen Zuschusspension ausdrücklich der Vorbehalt, dass die Verpflichtung zur Leistung dann ganz oder teilweise entfällt, wenn sich die Wirtschaftslage des kirchlichen Dienstgebers derart verschlechtert hat, dass ihm die Erfüllung dieser Verpflichtung zum Teil oder zur Gänze billigerweise nicht zugemutet werden kann.

(2) Jeder geistliche Amtsträger gemäß Abschnitt A hat monatlich 1,5 Prozent an das Pensionsinstitut für Verkehr und öffentliche Einrichtungen, 1030 Wien, Untere Weißgerberstraße 37, zu leisten. Von der Kirche A. B. und der Kirche H. B. werden 6 Prozent des Gehalts an das Pensionsinstitut abgeführt. Die Leistungen der Kirche A. B. und der Kirche H. B. an das Pensionsinstitut werden auf das Ruhegehalt gemäß § 23 angerechnet. Die Satzung des Pensionsinstitutes gilt insofern als Bestandteil dieses Kollektivvertrages.

(3) Für alle geistlichen Amtsträger, die nach dem 1. Jänner 1998 in ein Dienstverhältnis aufgenommen oder übernommen worden sind oder für die das neue Gehaltsschema gilt, finden die Bestimmungen des Abschnittes B des Teils II dieses Kollektivvertrages Anwendung.

Abschnitt A

1. Die Anspruchsberechtigung

§ 22

(1) Nach Vollendung einer für das Ruhegehalt anzurechnenden Dienstzeit von zehn Jahren hat der geistliche

Amtsträger im Fall der Beendigung des Dienstverhältnisses Anspruch auf Ruhegehalt. Für das Ruhegehalt anzurechnende Dienstzeit sind all jene Zeiträume, in denen der geistliche Amtsträger oder der Dienstgeber Beiträge an die kirchliche Pensionsvorsorge geleistet hat, Überweisungsbeträge nach bundesrechtlichen Vorschriften oder von anderen Kirchen der Evangelischen Kirche A. B. bzw. der Evangelischen Kirche H. B. zugekommen sind.

(2) Vor Vollendung von zehn anrechenbaren Dienstjahren haben die geistlichen Amtsträger nur dann Anspruch auf Ruhegehalt, wenn sie wegen einer in Ausübung ihrer dienstlichen Tätigkeit zugezogenen Krankheit dauernd dienstunfähig geworden sind und die Dienstunfähigkeit vom Sozialversicherungsträger festgestellt wurde. Das Ruhegehalt ist in diesem Falle so zu bemessen, als ob sie zehn anrechenbare Dienstjahre zurückgelegt hätten.

(3) Jeder Amtsträger kann bis zur Zuerkennung der Zuschusspension die Rückzahlung von bereits geleisteten Beträgen ohne Anrechnung von Zinsen verlangen.

(4) Wird ein geistlicher Amtsträger infolge eines in Ausübung seines Dienstes erlittenen, mit ihm in unmittelbarem Zusammenhang stehenden und ohne sein Verschulden eingetretenen Unfalles (Dienstunfall) dienstunfähig, so werden ihm zu seiner anrechenbaren Dienstzeit zehn Jahre für die Bemessung des Ruhegehalts unter den nachstehenden Voraussetzungen zugerechnet:

1. Es muss durch eine vom Sozialversicherungsträger durchgeführte amtsärztliche Untersuchung nachgewiesen sein, dass die Dienstunfähigkeit ausschließlich auf den Dienstunfall zurückzuführen ist;
2. Die Dienstunfähigkeit muss innerhalb eines Jahres nach dem Unfall eingetreten sein;
3. Der Anspruch auf die begünstigte Ruhegebhaltsberechnung muss innerhalb eines Jahres nach Eintritt der Dienstunfähigkeit beim Oberkirchenrat A. B. oder beim Oberkirchenrat H. B. geltend gemacht werden.

(5) Geistliche Amtsträger, die ihr Amt freiwillig niederlegen, um einen freien kirchlichen Dienst zu übernehmen, bleibt der Anspruch auf Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung gewahrt, wenn sie oder ihr Dienstgeber oder beide gemeinsam einen monatlichen Pensionsbeitrag von zehn Prozent des jeweiligen Bruttohöchstgehältes eines Pfarrers (Verwendungsgruppe A) ohne Kinderzulage und Ausbildungsbeihilfe leisten, wobei die errechneten Beträge auf den nächsthöheren durch fünf teilbaren Betrag aufzurunden sind. Der Anspruch erlischt mit der Nichtzahlung des Pensionsbeitrages durch mindestens sechs Monate, wenn einer schriftlichen Mahnung des Oberkirchenrates A. B. bzw. des Oberkirchenrates H. B. durch eingeschriebenen Brief nicht innerhalb von 30 Tagen Folge geleistet wird und wenn der Oberkirchenrat A. B. bzw. der Oberkirchenrat H. B. das Erlöschen der Ansprüche festgestellt hat. Bei Erlöschen des Anspruches sind die bereits geleisteten Beiträge unverzinst zurückzuzahlen.

2. Die Höhe des Ruhegehalts

§ 23

(1) Das Ruhegehalt beträgt bei zehn anrechenbaren Dienstjahren 52% der ruhegebhaltsfähigen Geldbezüge und erhöht sich mit der Zurücklegung je eines weiteren Jahres um 1,5%, jedoch höchstens auf 80%.

(2) Grundlage für die Bemessung des Ruhegebhalts ist die jeweils letzte Gebaltsstufe, die der geistliche Amtsträger erreichte. Die Bemessungsgrundlage ist ab dem Jahr 2002 mit einem Faktor von 1,01 zu vervielfachen.

(3) Für geistliche Amtsträger, die während ihres Dienstverhältnisses zur Evangelischen Kirche A. B. oder der Evangelischen Kirche H. B. teilbeschäftigt waren, ist für die Berechnung der Höhe des Ruhegebhaltes das Verhältnis der Gebaltssumme bei Vollbeschäftigung zur Gebaltssumme auf Grund der tatsächlichen Beschäftigungszeiten und der tatsächlichen Vorrückungen heranzuziehen. Dieser Berechnung ist die zum Zeitpunkt der Beendigung des Dienstverhältnisses geltende Gebaltstabelle zugrunde zu legen. Der auf Grund der Berechnung nach Abs. 1 ermittelte Hundertsatz ist durch die Verhältniszahl der Gebaltssummen zu dividieren.

(4) Selbstständige oder unselbstständige Erwerbseinkünfte, Pensionen oder sonstige Leistungen Dritter, die aus Zeiten resultieren, die auf die ruhegebhaltsfähige Dienstzeit angerechnet wurden, sind auf das Ruhegehalt anzurechnen.

(5) Auf das Ruhegehalt sind weiters Pensionen oder sonstige Leistungen Dritter anzurechnen, die der geistliche Amtsträger für jene Zeiten seiner Pensionsversicherung erhält, bei denen der Pensionsversicherungsbeitrag auf den kirchlichen Pensionsvorsorgebeitrag des geistlichen Amtsträgers angerechnet wurde.

(6) Liegt der Pensionsstichtag vor dem 65. Geburtstag des geistlichen Amtsträgers, so ist das kirchliche Ruhegehalt mit einem Abschlagsfaktor bei Berufsunfähigkeit oder Frühpensionierung zu vermindern. Der Frühpensions- bzw. Berufsunfähigkeitsabschlagsfaktor beträgt 0,417% für jeden vollen Monat, der zwischen dem Pensionsstichtag und dem 65. Geburtstag des geistlichen Amtsträgers liegt. Diese Bestimmung gilt nicht in den Fällen des § 22 Abs. 4.

(7) Das kirchliche Ruhegehalt wird grundsätzlich mit dem Anpassungsfaktor gemäß § 108 ASVG angepasst. Die Anpassung des kirchlichen Ruhegebhaltes in einem Jahr erfolgt jedoch nur in dem Ausmaß, dass die Summe aus kirchlicher Zuschusspension und Eigenpension nach dem ASVG in diesem Jahr nicht größer als das höchst mögliche aktuelle kirchliche Ruhegehalt gemäß § 23 Abs. 1 Kollektivvertrag ist. Die Anpassung des kirchlichen Witwen-Witwerbezuges in einem Jahr erfolgt jedoch nur in dem Ausmaß, dass die Summe aus kirchlichem Witwen-Witwerbezug und ASVG-Witwen-Witwerbezug — sofern dieser ASVG-Witwen-Witwerbezug auf Grund einer Eigenpension des geistlichen Amtsträgers gebührt — in diesem Jahr nicht größer als der höchst mögliche aktuelle Witwen-Witwerbezug gemäß § 25 Kollektivvertrag ist.

Die Hinterbliebenenversorgung

1. Die Anspruchsberechtigung

§ 24

(1) 1. Witwen oder Witwer geistlicher Amtsträger haben Anspruch auf einen Witwen- bzw. Witwerbezug, sofern die Ehe vor der Beendigung des Dienstverhältnisses geschlossen wurde, unter der Bedingung, dass die Ehe mindestens zwei Jahre vor dem Tode des geistlichen Amtsträgers geschlossen wurde und, falls die Eheschließung nach dem 50. Lebensjahr des geistlichen Amtsträgers erfolgte, der Altersunterschied zwischen den Ehegatten

nicht mehr als 20 Jahre beträgt. Ohne Rücksicht auf die Dauer der Ehe wird der Witwen- bzw. Witwerbezug dann gewährt, wenn aus dieser Ehe ein Kind geboren wurde, das im Zeitpunkt des Todes des geistlichen Amtsträgers am Leben gewesen ist, oder aber die Witwe zur Zeit des Todes des Ehegatten schwanger war und das nachträglich geborene Kind als ehelich zu gelten hat.

2. Witwen- bzw. Witwersorgung gebührt auf Antrag auch des Ehegatten, dessen Ehe mit dem in der kirchlichen Pensionsvorsorge Versicherten für nichtig erklärt, aufgehoben oder geschieden worden ist, wenn ihm der geistliche Amtsträger bis zur Zeit seines Todes Unterhalt (einen Unterhaltsbeitrag) auf Grund eines gerichtlichen Urteils, eines gerichtlichen Vergleiches oder einer bei Auflösung der Ehe eingegangenen schriftlichen Verpflichtung, die hinsichtlich des Datums und der Fertigung gerichtlich oder notariell beglaubigt ist, zu leisten hatte. Hat die frühere Ehefrau bzw. der frühere Ehemann gegen den verstorbenen geistlichen Amtsträger nur einen befristeten Anspruch auf Unterhaltsleistung gehabt, so besteht der Anspruch auf Witwen- bzw. Witwersorgung längstens bis zum Ablauf der Frist.

3. Die Witwen- bzw. Witwersorgung darf die Unterhaltsleistung nicht übersteigen, auf die die frühere Ehefrau bzw. der frühere Ehemann gegen den verstorbenen geistlichen Amtsträger an seinem Sterbetag Anspruch gehabt hat.

4. Die Witwen- bzw. Witwersorgung und die Versorgung des früheren Ehepartners dürfen zusammen jenen Betrag nicht übersteigen, auf den der verstorbene geistliche Amtsträger Anspruch gehabt hat. Die Versorgung des früheren Ehepartners ist erforderlichenfalls entsprechend zu kürzen. Die Witwen- bzw. Witwersorgung mehrerer früherer Ehepartner ist im gleichen Verhältnis zu kürzen.

5. Für die kirchliche Zuschusspension für Witwen und Witwer sind für die Abfertigung bei Wiederverhehlung oder das Wiederaufleben der Anwartschaft bei erneuter Witwen/Witwerschaft bzw. Scheidung die Bestimmungen des § 265 ASVG anzuwenden.

(2) 1. Kinder eines verstorbenen geistlichen Amtsträgers haben Anspruch auf einen Waisenbezug, wenn der geistliche Amtsträger am Sterbetag ein Ruhegehalt bezieht oder Anspruch auf Ruhegehalt hätte.

2. Der Waisenbezug gebührt bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres.

3. Kinder die das 18. Lebensjahr vollendet haben, gebührt auf Antrag ein Waisenbezug,

- a) wenn sie infolge körperlicher oder geistiger Gebrechen oder infolge schwerer Krankheit dauernd außerstande sind, sich ihren Unterhalt selbst zu verschaffen;
- b) wenn sie in einer Schul- oder Berufsausbildung stehen oder sich einem ordentlichen Studium widmen bis zur Beendigung der Ausbildung bzw. des Studiums, längstens jedoch bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres.

(3) Der jährliche Waisenbezug für minderjährige und unversorgte Waisen eines verwitweten Vikars, wenn sie keinerlei sonstiges Einkommen beziehen, das ihre Versorgung und Erziehung gewährleistet, kann vom Oberkirchenrat A. B. oder vom Oberkirchenrat H. B. nach freiem Ermessen festgesetzt werden.

2. Die Höhe des Witwen-, Witwer- und Waisenbezuges

§ 25

(1) Der Witwen- bzw. Witwerbezug beträgt 60 Prozent jenes Betrages, der dem verstorbenen Ehegatten im Zeitpunkt seines Todes als Ruhegehalt gebührt hätte.

(2) Zur Vermeidung von Härtefällen kann der Evangelische Oberkirchenrat A. B. bzw. der Evangelische Oberkirchenrat H. B. den Witwen-, Witwer- und Waisenbezug von einer höheren Gehaltsstufe aus festsetzen und berechnen oder eine außerordentliche Einmalzahlung gewähren.

(3) Die Kinderzulage und die Ausbildungsbeihilfen werden, solange die Voraussetzungen für ihre Gewährung gegeben sind, in vollem Ausmaß ausgezahlt. Sollte eine Witwe bzw. ein Witwer die nötigen Aufwendungen für die Erziehung der aus der Ehe mit dem verstorbenen geistlichen Amtsträger stammenden Kinder nicht bestreiten können, so hat der Oberkirchenrat A. B. oder der Oberkirchenrat H. B. im Einvernehmen mit dem Synodalausschuss A. B. oder dem Synodalausschuss H. B. für die Dauer der besonderen Bedürftigkeit eine weitere Zuwendung bis zur Höhe eines Waisenbezuges zu gewähren.

(4) Der Waisenbezug beträgt für Vollwaisen 40%, für Halbwaisen 25% des Ruhegehaltes, auf den der geistliche Amtsträger im Zeitpunkt des Ablebens Anspruch hatte oder gehabt hätte.

(5) Die Gesamtsumme der Witwen-, Witwer- und Waisenbezüge darf nicht höher sein als der Ruhebezug des geistlichen Amtsträgers. Innerhalb dieses Höchstausmaßes sind die Anteile der einzelnen Anspruchsberechtigten verhältnismäßig festzusetzen.

(6) Insoweit Pensions- oder Ruhebezüge von Dritten auf ein Ruhegehalt des geistlichen Amtsträgers anrechenbar waren oder gewesen wären, trifft dies auch für Hinterbliebenenbezüge zu.

§ 26

(1) Hinsichtlich der Zuschusspension wird gemäß §§ 8 und 9 Betriebspensionsgesetz der Vorbehalt vereinbart, dass die Verpflichtung zur Leistung der Zuschusspension durch die Kirche als ehemaliger Dienstgeber dann ganz oder teilweise entfällt, wenn sich die Wirtschaftslage des kirchlichen Dienstgebers derart verschlechtert hat, dass ihm die Erfüllung dieser Verpflichtung zum Teil oder zur Gänze billigerweise nicht zugemutet werden kann.

(2) Die kirchliche Zuschusspension ist der Differenzbetrag zwischen der ASVG-Pension, der Deutschen Rente und den Zahlungen (Ruhegenuss) des Pensionsinstitutes und dem nach § 23 vorliegenden Steigerungsprozentsatz bis auf höchstens 80% der Bemessungsgrundlage.

(3) Wurden Pensionszeiten individuell nachgekauft und ergibt sich dadurch ein höherer ASVG-Pensionsanspruch, so ist bei der Berechnung der kirchlichen Zuschusspension von jener ASVG-Pension auszugehen, die ohne Berücksichtigung der nachgekauften Versicherungszeiten ausbezahlt worden wäre. Bei der Berechnung des Differenzbetrages gemäß § 26 Abs. 2 Kollektivvertrag dürfen daher die sich durch den Nachkauf ergebenden höheren Pensionszahlungen nicht berücksichtigt werden.

§ 27

Verstirbt der geistliche Amtsträger im Ruhestand unter Hinterlassung einer Witwe/eines Witwers oder nach dem Sozialversicherungsrecht anspruchsberechtigter Kinder,

die noch einen Unterhaltsanspruch gegen den Verstorbenen haben, ist für die Dauer von drei Monaten nach dem Tode des Betroffenen geistlichen Amtsträgers noch die volle Pension weiterzuzahlen und beginnt der Witwen-, Witwer- und Waisenbezug erst mit dem vierten auf das Ableben folgenden Monat.

3. Fälligkeiten und Auszahlung der Pensionen

§ 28

(1) Die gesetzlichen Vorgaben des ASVG sind, die Auszahlung betreffend, auch bei der Auszahlung der kirchlichen Zuschusspension anzuwenden. Insbesondere die einschlägigen §§ 105 (Pensions[Renten]sonderzahlungen) und 563 Abs. 3 und 4 (Vorschussleistungen). Das analoge Vorgehen schließt verschiedene Fälligkeiten und daraus resultierende rechtliche Differenzen aus.

(2) Die Pension setzt sich aus der Pension nach dem ASVG sowie jener der Bundesversicherungsanstalt Berlin und aus den Zahlungen (Ruhegenuss) des Pensionsinstitutes oder anderer Sozialversicherungsträger und der kirchlichen Zuschusspension zusammen.

(3) Die Pension ist monatlich im Nachhinein fällig. Im April und September ist je eine Sonderzahlung fällig. Die Höhe der Sonderzahlung gebührt in der Höhe der für den Monat April bzw. September ausgezahlten laufenden Pension. Das Aliquotierungsprinzip entfällt. Jeder, der für April eine Pension erhält, erhält auch die April-Sonderzahlung, jeder, der für September eine Pension erhält, erhält auch die September-Sonderzahlung. Die Sonderzahlungen sind zum 1. Mai und zum 1. Oktober auszuzahlen.

(4) Bei Pensionisten der Evangelischen Kirche A. B. und der Evangelischen Kirche H. B., die im August 1996 auf Grund der Umstellung der Zahlungen zum Monatsletzten eine Nettovorschusszahlung erhalten haben, gilt diese Nettovorschusszahlung als für den Sterbemonat erbrachte Leistung. Sie wird im Sterbemonat versteuert.

(5) Bezieher einer Hinterbliebenenpension als Rechtsnachfolger eines Pensionisten, dessen Anspruch vor dem 1. Jänner 1997 anfiel, erhalten eine Vorschusszahlung in der Höhe der erstmalig zur Auszahlung gelangenden Hinterbliebenenpension, spätestens am Ersten des Kalendermonats, der dem Tod des Pensionsempfängers folgt. Der § 23 ist für die Vorauszahlung außer acht zu lassen. Basis für die Vorschusszahlung ist die Witwen-, Witwer- und Waisenpension auf die nach diesem Zeitraum Anspruch besteht. Zu Vorschusszahlungen, die spätestens am 1. Mai oder 1. Oktober fällig sind, gebührt eine Sonderzahlung. Die Versteuerung erfolgt gemeinsam mit der ersten Pensionszahlung, entweder als laufende Leistung oder als Sonderzahlung mit festen Sätzen.

(6) Bei Pensionsfällen, die nach dem 1. Jänner 1997 eingetreten sind, gilt das Aliquotierungsprinzip, d. h., dass der auf den Tod folgende Tag der Beginn der Pensionsleistung für den Rechtsnachfolger ist. Hier sind keine Vorschusszahlungen zu leisten. Bei den Sonderzahlungen gilt der für den Monat April und September anfallende laufende Bezug als Basis und ist in gleicher Höhe als Sonderzahlung auszuzahlen.

§ 29

(1) Die von der Pensionsversicherungsanstalt der Angestellten und/oder der Bundesversicherungsanstalt Berlin oder anderen Sozialversicherungsträgern an geistli-

che Amtsträger im Ruhestand ab 1. August 1996 erbrachten, oder zu erbringenden Leistungen sind auf die nach früheren kirchlichen Rechtsvorschriften zu erbringenden Leistungen anzurechnen, d. h. die kirchlichen Pensionen verringern sich betragsmäßig um jenen Betrag, den die Leistungen von Pensionsversicherungsanstalten (Sozialversicherungsträger) des Inlandes, des Auslandes und/oder ausländischer Kirchen erbringen.

(2) Erhält ein geistlicher Amtsträger schon vor dem 31. Juli 1996 auf Grund neben den kirchlichen Pensionsbeiträgen geleisteter Sozialversicherungsbeiträge schon bisher eine Pension eines Sozialversicherungsträgers, ist ihm und seinen Hinterbliebenen der durch die Neuregelung eintretende wirtschaftliche Ausfall zu ersetzen.

(3) Soweit Funktionsentschädigungen bisher als Zulagen pensionsfähig waren oder solche Zulagen bereits jetzt mit Berechnungsgrundlage der Pension wären, entfällt die Ruhegenussfähigkeit nur in dem Umfang, als aktive Dienstzeiten des geistlichen Amtsträgers nach dem 1. August 1996 zurückgelegt wurden (Aliquotierungsprinzip).

(4) Die aus der Gehaltsumstellung auf Zahlung im nachhinein resultierenden Veränderungen gelten hinsichtlich der aktuellen Dienst- und Pensionsverhältnisse mit der Maßgabe, dass die jeweils gegen Monatsende erfolgenden Gehalts-/Pensions-/Bezugsanweisungen als für den Monat der Anweisung erbracht gelten.

Abschnitt B

§ 30

(1) Die Kollektivvertragspartner vereinbaren, dass die Zuschussleistungen zur ASVG-Pension für alle nach dem 1. Jänner 1998 in ein Dienstverhältnis aufgenommenen oder übernommenen oder in das neue Gehaltsschema umgestiegenen geistlichen Amtsträger, sowie für Lehrvikare und Pfarramtskandidaten durch Beitritt der Evangelischen Kirche A. B. und der Evangelischen Kirche H. B. zum Pensionsinstitut für Verkehr und öffentliche Einrichtungen, 1030 Wien 3, Untere Weißgerberstraße 37, im Folgenden kurz Pensionsinstitut, entsprechend der ab und nach dem 1. Jänner 2000 jeweils geltenden Satzung dieses Instituts von diesem erbracht werden. Diese Satzung des Pensionsinstituts gilt insofern als Bestandteil dieses Kollektivvertrages.

(2) Die Kirche A. B. und die Kirche H. B. verpflichten sich, zur Deckung der Leistungen des Pensionsinstituts sechs Prozent des Gehalts des geistlichen Amtsträgers, des Lehrvikars und Pfarramtskandidaten ab dem 1. Jänner 2000 monatlich an das Pensionsinstitut zu leisten.

Jeder geistliche Amtsträger, Lehrvikar und Pfarramtskandidat, der nach dem 1. Jänner 1998 in ein Dienstverhältnis zur Evangelischen Kirche A. B. bzw. zur Evangelischen Kirche H. B. aufgenommen oder übernommen worden ist, hat monatlich 1,5% des Gehaltes an das Pensionsinstitut zu leisten, wobei jeder Dienstnehmer bei Eintritt der Kirche A. B. bzw. der Kirche H. B. in das Pensionsinstitut sich zur Leistung eines höheren Beitrages gemäß der Satzung des Pensionsinstituts verpflichten kann.

(3) Bei vorzeitigem Ausscheiden eines geistlichen Amtsträgers, eines Lehrvikars oder Pfarramtskandidaten aus dem Dienst gelten für die Leistungsansprüche die betreffenden Bestimmungen der Satzung des Pensionsinstituts.

Teil III

Evangelischer Versorgungs- und Unterstützungsverein (EVU)

§ 31

Die Evangelische Kirche A. B. wird entsprechend dem Zahlungsplan in Anlage 2 zum Kollektivvertrag 2000, die Kirche H. B. gemäß Anlage 2 zum Kollektivvertrag 2002 die dort ausgewiesenen Beiträge an den Evangelischen Versorgungs- und Unterstützungsverein leisten.

Inkrafttreten

§ 32

Diese Änderungen treten mit 1. Jänner 2006 in Kraft.

Wien, am 13. Juni 2006

Evangelische Kirche A. B. in Österreich
Evangelischer Oberkirchenrat A. B.

Bischof Landeskurator
Mag. Herwig Sturm HR Dr. Horst Lattinger
Vorsitzender Vorsitzenderstellvertreter

Evangelische Kirche A. u. H. B. in Österreich
Evangelischer Oberkirchenrat A. u. H. B.

Bischof Landessuperintendent
Mag. Herwig Sturm Pfarrer Mag. Wolfram Neumann
Vorsitzender Vorsitzenderstellvertreter

Evangelische Kirche H. B. in Österreich
Evangelischer Oberkirchenrat H. B.

Pfarrer
Mag. Wolfram Neumann Dipl.-Ing. Klaus Heussler
Landessuperintendent Wirtschaftlicher Oberkirchenrat

Verein Evangelischer Pfarrerinnen und Pfarrer
in Österreich

Senior
Dr. Stefan Schumann Mag. Johannes Wittich
Obmann Pfarrer H. B.

Anlage 1

LEISTUNGSKATALOG DER KIRCHLICHEN ZUSATZKRANKENFÜRSORGE

Die kirchliche Zusatzkrankenfürsorge erbringt nachstehende Leistungen:

Selbstbehalt der Spitalskostenzusatzkrankenversicherung – Generali

⇒ Wer der Gruppen-Zusatzversicherung freiwillig beigetreten ist, für den gilt:

Im Spitalsaufenthaltsfall werden 90% des Selbstbehalts der Spitalskostenzusatzkrankenversicherung ersetzt, jedoch höchstens € 1.450,— je Spitalsaufenthalt.

Selbstbehalt bei Krankenhausaufenthalt

⇒ Die vom Spital rückverrechnete Haushaltsersparnis, Angehörigenprozente der allgemeinen Klasse, werden zu 100% ersetzt.

Brillen

⇒ Augengläser, Gläserfassungen und Haftschalen mit ärztlicher Verordnung werden zu 80%, jedoch zusammen höchstens mit € 550,— alle 2 Jahre pro Person ersetzt.

⇒ Die notwendigen, nachgewiesenen Ausgaben für Reparaturen an Augengläsern, Gläserfassungen und Haftschalen werden zu 80% ersetzt, jedoch höchstens mit € 250,— pro Person und Jahr.

Zahnarztkosten

⇒ Prothesen-Neuherstellungen

80% des Selbstbehaltes, jedoch max.

- Totale Prothese € 300,—
- Kunststoffplatte € 80,—
- Metallgerüst € 450,—
- VMK-Krone € 450,—
- Vollmetal-Klammerzahnkrone € 180,—
- Zahn, Kl., Sauger bei Kat. Pl. € 5,—
- Zahn bei MG-Proth. € 10,—

⇒ Zahnärztliche Zahnimplantate

80% des Selbstbehaltes, jedoch max. € 1.400,—
max. 4 Implantate pro Person während der gesamten Versicherungszeit

⇒ Kieferorthopädische Behandlungen

80% des Selbstbehaltes, jedoch max. € 1.200,—
wenn von der GKK befürwortet und anteilig bezahlt
Zahnspangen werden einmal pro Person zu 80%,
höchstens aber mit € 1.200,— für die gesamte
kieferorthopädische Behandlung ersetzt. Darunter ist
die Anschaffung und die weitergehende Behandlung,
also die Verstellung der Zahnspangen zu verstehen.

⇒ Zahnersatz-Reparaturen

- Reparaturen an Kunststoffprothesen
80% des Selbstbehaltes, jedoch max.
 - a) Sprung, Bruch, Wiederbefestigung € 15,—
 - b) Zahn oder Klammer neu € 20,—
 - c) 2 Leistungen a, b od. a + b € 30,—
 - d) mehr als 2 Leistungen € 40,—
 - e) totale Unterfütterung, direkt € 40,—
 - totale Unterfütterung, indirekt € 40,—
- Reparaturen an Metallgerüstprothesen
80% des Selbstbehaltes, jedoch max.
 - x) Anlöten v. Retention,
Klammer, Aufr. € 40,—
 - y) 2 Leistungen x, y; Bügelrep. € 50,—
 - z) mehr als 2 Leistungen € 55,—

- Reparaturen an kieferorthopädischen Apparaten 80% des Selbstbehaltes, jedoch max.

1. Sprung, Bruck,
Drahtelementererersatz € 18,—
2. Unterfütterung oder Erweiterung € 20,—
3. Labialbogenrep.,
Dehnschraubeners. € 30,—

⇒ Zahnärztliche Mundhygiene

80% des Selbstbehaltes, jedoch höchstens € 60,— pro Jahr und Person

Kurkostenbeitrag

- ⇒ Für vom Sozialversicherungsträger bewilligte Kuren werden maximal 80% des Selbstbehaltes der Aufenthaltskosten am Kurort, jedoch pro Kur höchstens € 650,— vergütet.

Rezeptgebühr

Rezeptgebühren werden nur mehr zu 100% ersetzt, wenn eine Rechnung, die den Namen der Person, auf die das Rezept ausgestellt wurde, samt der Anzahl der verordneten Rezepte und deren bezahlten Betrag bei der Verrechnungsstelle vorgelegt werden.

- ⇒ Die durch Gesetz festgelegte Höhe der Rezeptgebühr zu 100%, wobei die maximale Kostenerstattung pro Person und Jahr € 300,— beträgt.
- ⇒ Ärztlich verschriebene Medikamente, die weniger als die durch Gesetz festgelegte Rezeptgebühr kosten, zu 100%;
- ⇒ ärztlich verschriebene Medikamente und ärztlich verschriebene homöopathische Präparate, die von der GKK nicht bewilligt werden, zu 50%, wobei die maximale Kostenerstattung pro Person und Jahr € 300,— beträgt.
- ⇒ Teststreifen für Diabetiker zu 80% pro Person und Jahr, maximal € 60,—.

Begräbniskostenbeitrag

- ⇒ Der Begräbniskostenbeitrag beträgt beim Tode eines Mitgliedes oder Familienangehörigen höchstens € 1.500,—.
- ⇒ Der Begräbniskostenbeitrag wird ausbezahlt:
 - a) beim Tode eines verheirateten Mitgliedes an dessen hinterbliebenen Ehegatten,
 - b) beim Tode eines Witwers oder einer Witwe oder eines Waisengeldbeziehers an die Familienangehörigen, welche nachweislich für die Kosten der Bestattung aufgekommen sind,
 - c) beim Tode eines Familienangehörigen eines Mitgliedes an das Mitglied.
- ⇒ Hinterlässt ein Mitglied keine Familienangehörigen, erhalten diejenigen, welche die Begräbniskosten nachweislich bezahlt haben, die tatsächlichen Auslagen bis zur Höhe des Begräbniskostenbeitrages ersetzt.
Für Lebenspartner regelt dies eine Ordnung.

Psychotherapeutische Behandlung

- ⇒ Bei ärztlich verordneter Psychotherapie werden 80% des Selbstbehaltes, jedoch maximal € 35,— je Thera-

pieeinheit ersetzt. Die Maximalerstattung beträgt pro Person und Jahr € 800,—.

Physiotherapien

- ⇒ Bei ärztlich verordneter Physiotherapie werden 80% der Kosten, jedoch maximal € 30,— je Therapieeinheit vergütet. Die Maximalerstattung beträgt pro Person und Jahr € 750,—.

Impfungen

- ⇒ Impfstoff und Impfungen für FSME, Tetanus, Grippe, Hepatitis A und B, Polio werden zu 100% ersetzt.

Hörbehelfe

- ⇒ Ärztlich verordnete Hörbehelfe werden zu 80% ersetzt, maximal € 1.500,— pro Person, alle drei Jahre.
- ⇒ Die notwendigen, nachgewiesenen Ausgaben für Reparaturen werden zu 80% ersetzt, jedoch höchstens € 750,— pro Person und Jahr.

Heilbehelfe

- ⇒ Ärztlich verordnete Heilbehelfe werden zu 80%, max. € 200,— pro Person und Jahr vergütet.
- ⇒ Ärztlich verordnete Heilgymnastik wird zu 80%, max. € 30,— pro Einheit vergütet, aber max. € 300,— pro Person und Jahr.

Facharztkosten

- ⇒ Fachärztliche Untersuchungen bei Gynäkologen und Urologen werden, auch wenn sie von Wahlärzten vorgenommen werden, zu 50%, höchstens aber mit € 70,— pro Ordinationsbesuch refundiert.

Außerordentliche Kosten

- ⇒ In besonders begründeten Fällen kann ein Ansuchen auf Erbringung zusätzlicher Leistungen an die Gemischte Kommission gestellt werden. Eine Berufung gegen die Entscheidung dieses Gremiums ist nicht möglich.

Anlage 2

Zahlungsplan der Evangelischen Kirche H. B. für Beiträge an den Evangelischen Versorgungs- und Unterstützungsverein gemäß § 31:

Jahr	€	ATS
2004	13.808,—	190.000,—
2006	25.435,—	350.000,—
2010	19.597,—	269.658,—
2017	21.135,—	290.820,—
2019	7.653,—	105.307,—
2020	11.476,—	157.911,—
2024	8.736,—	120.210,—
2027	10.614,—	146.056,—
2029	10.440,—	143.656,—
	128.894,—	1.773.618,—

Kundmachungen des Evangelischen Oberkirchenrates A. B.

258. Zl. KB 06; 3142/2006 vom 19. September 2006

Kirchenbeitragseingänge Jänner bis August 2006 mit Vergleichszahlen aus 2005 samt Sup.-Anteilen und Einhebungsgebühren

	2006	2005
Superintendenzen	Euro	
Burgenland	1,426.155,04	1,250.976,75
Kärnten	1,702.574,85	1,765.268,—
Niederösterreich	1,576.305,12	1,560.119,37
Oberösterreich	2,406.695,77	2,356.853,36
Salzburg-Tirol	1,523.708,25	1,492.418,95
Steiermark	2,100.653,94	2,049.312,27
Wien	3,377.096,35	3,245.471,03
	14,113.189,32	13,720.419,73

Steigerung 2006 gegenüber 2005:
2,86% (13,720.419,73)

Steigerung 2006 gegenüber 2004:
5,68% (13,355.106,18)

259. Zl. GD 339; 3114/2006 vom 18. September 2006

Änderung der Bezeichnung der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Wien-Leopoldstadt

Mit Bescheid des Evangelischen Oberkirchenrates A. B. vom 4. Juli 2006 wurde die Bezeichnung der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Wien-Leopoldstadt geändert in: „**Evangelische Pfarrgemeinde A. B. Wien-Leopoldstadt und Brigittenau**“.

260. Zl. Gd 235; 2263/2006 vom 27. Juni 2006

Ausschreibung (erste) der Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Neukematen

Die Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Neukematen mit Tochtergemeinde Sierning wird hiermit per 1. September 2007 ausgeschrieben.

Die Besetzung erfolgt durch Wahl.

Wir sind

... eine Toleranzgemeinde im oberösterreichischen Zentralraum im Städtedreieck von Wels, Linz und Steyr. Das Gemeindegebiet erstreckt sich über zirka 200 km² und umfasst 11 politische Gemeinden. Die Muttergemeinde Neukematen zählt 800 und die Tochtergemeinde Sierning 500 Gemeindeglieder.

... eine aufgeschlossene Gemeinde mit lebendiger Teamstruktur.

Wir suchen

... eine/n Pfarrer/in die/der bereit ist, gute Traditionen zu bewahren und gleichzeitig neue Wege mit uns zu gehen.

... dessen Herz für Kirchnahe und Kirchenferne schlägt, um denen das Evangelium nahe zu bringen.

Wir erwarten

... Feier der Gottesdienste an Sonn- und Feiertagen in

Neukematen und Sierning und 2 x monatlich in der Predigtstation Neuhofen.

... Religionsunterricht im Pflichtausmaß von acht Stunden an Volks- und Hauptschulen bzw. nach Absprache an einer der höheren Schulen in Steyr.

... Unterstützung der ehrenamtlichen MitarbeiterInnen bei Aufbau und Weiterführung der Kreise und Aktivitäten.

Wir bieten

... ruhig gelegenes Pfarrhaus in Neukematen mit 117 m² Dienstwohnung, Garten und Garage.

... Unterstützung durch die vorhandene Projektpfarrstelle mit Frau Pfarrer Mag. G. Neubacher in Sierning,

... Unterstützung durch freiwillige HelferInnen,

... Unterstützung durch hauptamtliche Gemeindeglieder (Schwerpunkt Kinder- und Jugendarbeit in Neukematen),

... Unterstützung durch LektorInnen und ehrenamtliche MitarbeiterInnen.

Bewerbungsfrist

Wir freuen uns über Ihre Bewerbung und bitten diese bis 31. Dezember 2006 an das Presbyterium der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Neukematen, Brandstatt 46, 4533 Piberbach, oder neukematen@utanet.at zu senden.

Auskünfte

erteilen gerne: Pfarrer Friedrich Lages, Tel. (07228) 8140, Kurator Hermann Hoffelner, Tel. 0676-7059010, Kurator Gerhard Wächter, Tel. 0664-4110614. Weitere Infos siehe auch www.neukematen.at

261. Zl. Gd 223; 3042/2006 vom 7. September 2006

Ausschreibung (zweite) der Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Mattighofen

Wegen Übertritts des Amtsinhabers in den dauernden Ruhestand wird die Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Mattighofen zum 1. Jänner 2007 bzw. nach Vereinbarung zur Besetzung ausgeschrieben.

Die Pfarrgemeinde mit 973 Gemeindegliedern ist geprägt durch die Nachkommen der Flüchtlinge aus Siebenbürgen und dem Banat.

Die Stadt Mattighofen hat 5000 Einwohner und liegt 40 km von Salzburg entfernt im Bezirk Braunau am Inn im oberen Innviertel.

Gottesdienste sind als Mittelpunkt des Gemeindelebens sonntäglich in der Friedenskirche in Mattighofen und im Anschluss am ersten und dritten Sonntag in der kleinen Glaubenskirche in Lengau und am zweiten und vierten Sonntag in der Reformations-Gedächtniskirche in Munderfing zu halten. Zwei Lektorinnen haben zur Unterstützung des Pfarrers/der Pfarrerin die Lektorenkurse absolviert. Der Kindergottesdienst findet in Mattighofen und Munderfing parallel zu den Hauptgottesdiensten statt.

Für die Betreuung der an den drei Gottesdienstorten bestehenden Hausbibelkreise wird ein Pfarrer/eine Pfarrerin gesucht, der/die Freude an der Bibel als Wort Gottes hat und dem/der die Bibelkreisarbeit sowie die Fortführung der Gemeindeaufbauprogramme am Herzen liegen.

Zur Aufgabe des Pfarrers/der Pfarrerin gehören weiters der Konfirmandenunterricht (ab Sommer 2007), die Begleitung der Jugendarbeit, Hausbesuche und Besuche der Gemeindeglieder im Altenheim Mattighofen und im Krankenhaus Braunau.

Ein engagiertes Presbyterium ist zur aktiven Mitarbeit bereit.

Das Religionsstundenpflichtausmaß beträgt acht Wochenstunden.

Eine geräumige und sonnige Dienstwohnung im Ausmaß von zirka 125 m² befindet sich im ersten Stock des ruhig gelegenen Pfarrhauses. Ein sonniger Balkon sowie eine schattige Terrasse helfen Ruhepausen zu nützen. Die Möglichkeit zur Benützung des Pfarrgartens ist gegeben. Der große Rasen wird gemäht. Eine Garage ist vorhanden.

Mattighofen hat seit zwanzig Jahren Stadtrecht und ist eine aufstrebende Stadt mit vielfältigen kulturellen Angeboten. Alle höheren Schulen sind im Umkreis von 20 km in der Bezirksstadt Braunau und in Straßwalchen bequem mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreichbar.

Wir freuen uns über Ihre Bewerbung bis 1. Dezember 2006 und bitten Sie, diese an Kurator Michael Thomae, Telefon: Büro 057601/252-51, privat nach 18 Uhr: (07744) 8684, E-Mail: ilse.mike@utanet.at, zu richten.

262. Zl. P 2132; 2906/2006 vom 23. August 2006

Bestellung von Mag. Elke Uschmann zur Pfarrerin auf die nicht mit der Amtsführung verbundene Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Wien-Hietzing

Mag. Elke Uschmann wurde gemäß § 22 Abs. 1 OdgA zur Pfarrerin auf die nicht mit der Amtsführung verbundene Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Wien-Hietzing gewählt und mit Wirkung vom 1. September 2006 in diesem Amt bestätigt.

263. Zl. P 1760; 3137/2006 vom 18. September 2006

Bestellung von Mag. Barbara Schildböck zur Pfarrerin auf die 50-%-Teilpfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Hartberg in Kombination mit einer halben Stelle mit voller Lehrverpflichtung

Mag. Barbara Schildböck wurde gemäß § 28 Abs. 4 a WahlO zur Pfarrerin auf die 50-%-Teilpfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Hartberg in Kombination mit einer halben Stelle mit voller Lehrverpflichtung bestellt und mit Wirkung vom 1. September 2006 in diesem Amt bestätigt.

264. Zl. P 2262; 3129/2006 vom 18. September 2006

Bestellung von Dipl. Päd. Karlheinz Böhmer zum Pfarrer auf die 50-%-Teilpfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. u. H. B. Gleisdorf in Kombination mit einer halben Stelle mit voller Lehrverpflichtung

Dipl. Päd. Karlheinz Böhmer wurde gemäß § 109 Abs. 1 KV^{alt} zum Pfarrer auf die 50-%-Teilpfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. u. H. B. Gleisdorf in Kombination mit einer halben Stelle mit voller Lehrverpflichtung bestellt und mit Wirkung vom 1. September 2006 in diesem Amt bestätigt.

265. Zl. P 1832; 3046/2006 vom 7. September 2006

Bestellung von Mag. Rainer Gottas zum Pfarrer auf die nicht mit der Amtsführung verbundene Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. u. H. B. Klagenfurt-Johanneskirche

Mag. Rainer Gottas wurde gemäß § 28 Abs. 4 a WahlO zum Pfarrer auf die nicht mit der Amtsführung verbundene Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. u. H. B. Klagenfurt Johanneskirche bestellt und mit Wirkung vom 1. August 2006 in diesem Amt bestätigt.

266. Zl. P 1728; 3040/2006 vom 7. September 2006

Bestellung von Mag. Renate Moshammer zur Pfarrerin der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Pörtlach

Mag. Renate Moshammer wurde gemäß § 28 Abs. 4 a WahlO zur Pfarrerin der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Pörtlach bestellt und mit Wirkung vom 1. September 2006 in diesem Amt bestätigt.

267. Zl. P 2153; 3133/2006 vom 18. September 2006

Bestellung von Mag. Manfred Witt zum Hochschulpfarrer auf die 25-%-Teilpfarrstelle für Leoben

Mag. Manfred Witt wurde gemäß § 3 Abs. 2 OdeHG zum Hochschulpfarrer auf die 25-%-Teilpfarrstelle für Leoben gewählt und mit Wirkung vom 1. September 2006 befristet bis 31. August 2012 in diesem Amt bestätigt.

268. Zl. P 2090; 3174/2006 vom 20. September 2006

Bestellung von Mag. Anna Elisabeth Peterson zur Pfarrerin der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Korneuburg

Mag. Anna Elisabeth Peterson wurde gemäß § 28 Abs. 4 a WahlO zur Pfarrerin der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Korneuburg bestellt und mit Wirkung vom 1. September 2006 in diesem Amt bestätigt.

269. Zl. P 2151; 3176/2006 vom 20. September 2006

Bestellung von Mag. Daniel Vögele zum Pfarrer auf die nicht mit der Amtsführung verbundene Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. u. H. B. St. Pölten

Mag. Daniel Vögele wurde gemäß § 22 Abs. 1 und § 24 Abs. 3 OdgA zum Pfarrer auf die nicht mit der Amtsführung verbundene Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. u. H. B. St. Pölten gewählt und mit Wirkung vom 1. September 2006 in diesem Amt bestätigt.

270. Zl. GD 237; 2921/2006 vom 25. August 2006

Faxnummer der Evangelischen Pfarrgemeinde A. u. H. B. Neunkirchen

Die Evangelische Pfarrgemeinde A. u. H. B. Neunkirchen, Dr.-Stockhammer-Gasse 15–17, 2620 Neunkirchen, ist ab sofort unter nachstehender Faxnummer erreichbar:

Fax: (02635) 624 67-14.

Kundmachungen des Evangelischen Oberkirchenrates H. B.

271. Zl. HB 10; 3122/2006 vom 18. September 2006

Grenzen des Gemeindegebietes der Evangelischen Pfarrgemeinde H. B. Oberwart

Bundesland Burgenland sowie der politische Bezirk Hartberg.

Dipl.-Ing. Klaus Heussler
Oberkirchenrat

Pfarrer
Mag. Wolfram Neumann
Landessuperintendent

272. Zl. HB 09; 3123/2006 vom 18. September 2006

Grenzen des Gemeindegebietes der Evangelischen Pfarrgemeinde H. B. Linz

Bundesland Oberösterreich.

Dipl.-Ing. Klaus Heussler
Oberkirchenrat

Pfarrer
Mag. Wolfram Neumann
Landessuperintendent

Kirchliche Mitteilungen

RUHESTAND

Mit 31. August 2006 ist

Pfarrer Mag. Heinz Dieter Sauer,

Pfarrer in St. Veit an der Glan, in den Ruhestand getreten.

Pfarrer Heinz Dieter Sauer wurde am 9. November 1941 in Posen geboren, dort auch getauft und 1955 in Weißbriach konfirmiert. Die Matura legte er 1961 in Klagenfurt ab und studierte anschließend evangelische Theologie an der Universität Wien. Nach dem Fakultätsexamen im Feber 1966 wurde er als Lehrvikar der Pfarrgemeinde Spittal und im zweiten Jahr der Pfarrgemeinde Gnesau zugeteilt. Nach dem Examen pro ministerio wurde er am 11. Feber 1968 durch Superintendent Glawischnig in Gnesau ordiniert und dort auch mit Wirkung vom 1. Mai 1968 zum Pfarrer bestellt. In seiner Gnesauer Zeit war er Diözesanjugendpfarrer für Kärnten und Osttirol. Nach der Pensionierung seines Vaters hat er „zu Hause übernommen“ und wurde mit 1. September 1975 Pfarrer von St. Veit an der Glan. Im Oktober 1985 wurde er von der Sup.-Versammlung Kärnten zum geistlichen Mitglied des Sup.-Ausschusses Kärnten und Osttirol gewählt und hat in dieser Funktion übergemeindliche Verantwortung übernommen.

Heinz Sauer war von 1987 bis 1999 Obmann des Gustav-Adolf-Zweigvereines Kärnten und hat in dieser Funktion mit Klugheit und Humor Begeisterung für die Gustav-Adolf-Arbeit in Kärnten wecken sowie viele Gustav-Adolf-Gäste und beachtliche finanzielle Unterstützung nach Kärnten bringen können. Die Gustav-Adolf-Feste unter seiner Leitung waren immer Höhepunkte des evangelischen Lebens in Kärnten.

Am 30. Juli 1966 haben Heinz Dieter Sauer und Margitta Isolde Fister die Ehe geschlossen, 1967 wurde ihnen die Tochter Dagmar und 1969 der Sohn Dietmar geschenkt.

Der Evangelische Oberkirchenrat dankt Herrn Pfarrer Heinz Dieter Sauer für seinen treuen und engagierten Dienst und wünscht ihm und seiner Familie Gottes Segen und Geleit auch weiterhin.

(Zl. P 1149; 3164/2006 vom 20. September 2006.)

RUHESTAND

Mit 30. September 2006 ist

Pfarrer Mag. Wolfgang Del Negro,

Pfarrer in Hallein, in den Ruhestand getreten.

Wolfgang Del Negro wurde am 15. September 1941 in Salzburg geboren und dort auch am 30. Mai 1955 konfirmiert. Nach Schulzeit und Matura im Jahr 1959 studierte er bis 1962 Kulturtechnik an der Universität für Bodenkultur und entschloss sich dann zum Theologiestudium in Wien und Zürich.

Seine Freude und Begabung am Bergsteigen nutzte er zu einem Bergsteigerkreis und zu mehreren Schifreizeiten mit Bibelarbeit und theologischer Diskussion. Das Universitätsexamen legte er am 3. Juli 1967 ab und wurde nach dem Vikariat in Oberwart und Bruck an der Mur im Juni 1969 von Superintendent Ing. Emil Sturm ordiniert und hat im Herbst des selben Jahres den Dienst als Pfarrer in Hallein angetreten. Seine Amtseinführung am 18. Oktober 1969 wurde zusammen mit der Weihe der neuen Kirche gefeiert.

Wolfgang Del Negro war mit ganzem Herzen Gemeindepfarrer, seine Frau Marie Luise, geb. Toth war ihm dabei eine große Hilfe. Im September 1994 und im März 2000 wurde er jeweils von der Sup.-Versammlung Salzburg und Tirol zum Senior und Superintendentenstellvertreter gewählt.

In den Jahren 1992 bis 2000 war er Mitglied der Synode und Generalsynode. In dieser Funktion hat er den Diakonischen Ausschuss geleitet und mit großem Engagement und Umsicht die Diakoniesynode 1997 vorbereitet und mitgestaltet.

Im Jahr 1999 ist es ihm gelungen, die Tochtergemeinde Bischofshofen in die Selbstständigkeit zu entlassen.

1967 wurde dem Ehepaar die Tochter Elisabeth, 1970 der Sohn Martin geboren.

Nach dem Beitritt Österreichs zur EU war er federführend und erfolgreich bemüht, eine „Euregio“ zwischen den Diözesen Salzburg und Tirol und der Evang.-Lutherischen Kirche in Bayern zu errichten.

Anlässlich des 40-Jahr-Jubiläums der Diözese Salzburg und Tirol wurde ihm vom Land Salzburg das Silberne Verdienstzeichen verliehen.

Die Kirchenleitung dankt Pfarrer Del Negro für seinen Dienst und wünscht ihm und seiner Familie weiterhin Gottes Segen und Geleit.

(Zl. P 1269; 3181/2006 vom 20. September 2006.)

P. b. b. Erscheinungsort Wien

Terminevidenz regionaler und überregionaler Veranstaltungen

Um die Planung von Veranstaltungen zu erleichtern und um Terminkollisionen möglichst zu vermeiden, ist beim Presseamt der Evangelischen Kirche eine zentrale Terminevidenz eingerichtet. Alle regionalen und überregionalen Veranstaltungen wie Gemeindetage, Pfarrkonferenzen, Superintendentenversammlungen und dgl. — auch solche, die mehr für den kircheninternen Bereich gelten — sind dem Presseamt mitzuteilen. Ebenso kann telefonisch, per Fax oder über Internet abgefragt werden, ob an einem bestimmten Tag bereits Veranstaltungen geplant sind.

Das Amtsblatt wolle genau gelesen werden — Erlagscheine mit Verwendungszweck versehen — Geschäftsstücke ausnahmslos im Dienstweg vorlegen — Behandlung mehrerer Angelegenheiten in einem Geschäftsstück ist unzulässig — In Antworten Geschäftszahl (Beitragskontonummer) anführen — Fristen beachten (Kollekten-Ablieferung, Vorlage der Rechnungsabschlüsse, Seelenstandsbericht usw.)

Wir ersuchen alle Glaubensgenossen, ihnen bekanntwerdende Zu- und Wegzüge, Geburten, Trauungen und Todesfälle evangelischer Glaubensgenossen dem Pfarramt mitzuteilen.
